

Die Bedeutung der Geschichte der Sozialdemokratie für unsere Zukunft

Vortrag anlässlich der Festveranstaltung „30 Jahre SPD im Altenburger Land“ am 05. Januar 2020 im Kulturbundhaus Altenburg

Zunächst danke ich sehr herzlich für die Einladung, anlässlich des Jubiläums „30 Jahre SPD im Altenburger Land“ zu Euch zu sprechen. Drei Jahrzehnte einer Partei anzugehören, die bei ihrer Neugründung 1989/90 schon auf eine fast 127-ährige Geschichte zurückblicken konnte, und die in hiesigen Regionen groß geworden ist, ist eine lange Zeit. Ich selbst gehöre der Partei genau 50 Jahre an. Im Januar 1970 bin ich in Düsseldorf in die SPD eingetreten, nachdem ich zur Bundestagswahl 1969 in Düsseldorf eine sozialdemokratische Wählerinitiative organisiert habe – damals noch nicht wahlberechtigt (in Westdeutschland lag die Volljährigkeit noch bei 21 Jahren). Wer also über die SPD spricht, dessen Gedanken müssen sich in historischen Dimensionen bewegen.

1

Als am Abend des 18. März 1990 die Wahlergebnisse der ersten freien Volkskammerwahlen in der DDR bekannt gegeben wurden, war ich geschockt. Dass die SPD, die Partei Willy Brandts, die Partei, die durch die über Jahre umstrittene Ostpolitik eine wesentliche Voraussetzung geschaffen hatte für die Friedliche Revolution in vielen Ländern Osteuropas, lediglich 21 % der Stimmen erhalten hatte, kam nicht nur für mich unerwartet. Denn solange ich mich erinnern kann, galt Ostdeutschland als protestantisch und sozialdemokratisch geprägt. Schon in den 50er Jahren hieß es bei uns am Familientisch: Konrad Adenauer, der erste Bundeskanzler der BRD West und überzeugte Katholik (der heute vor 144 Jahren geboren wurde), hat kein Interesse an der deutschen Einheit, weil für ihn dann Deutschland protestantisch und sozialdemokratisch dominiert würde. Das war auch der Grund, warum der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann 1950 aus dem Kabinett Adenauers ausschied und aus der CDU austrat, um dann die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) zu gründen. Dieser gehörten auch Erhard Eppler und Johannes Rau an. Ende der 50er Jahre kamen dann die meisten Mitglieder der aufgelösten GVP zur SPD.

Doch wenige Monate nach der Friedlichen Revolution und der Neugründung der SPD im November 1989 kam alles anders als erwartet: Die konservativen Parteien (CDU, DSU, Demokratischer Aufbruch) erreichten zusammengenommen fast die absolute Mehrheit, während die Parteien, die aus der Friedlichen Revolution hervorgegangen waren wie Bündnis 90 und die SPD, in die Minderheit gerieten.

Dennoch gilt es, eines hervorzuheben - und darauf hat Markus Meckel anlässlich der Jubiläumsfeier der Leipziger SPD am 07. November 2019 hingewiesen. Es war die SPD, die an den Runden Tischen darauf gedrängt hatte, dass nicht eine Übergangsregierung Modrow, also die alten Kader der SED, sondern eine frei gewählte Regierung einer souveränen DDR die Verhandlungen mit der BRD West über die Vereinigung der beiden deutschen Staaten führen. Alle Verträge, die zur deutschen Einheit führten, sind Vereinbarungen zwischen zwei Staaten.

Dass die Machtverhältnisse zwischen den beiden Staaten ungleich waren, ist genauso unstrittig wie die Tatsache, dass den Bürgerinnen und Bürger Ostdeutschlands der Einigungsprozess nicht schnell genug gehen konnte und sie entsprechenden Druck auf die eigene Regierung ausübten. Doch dass es überhaupt zu diesem Prozess gekommen ist, ist nicht nur ein Verdienst der Sozialdemokratie, die von Anfang die Machtfrage gestellt hatte. Darauf kann die gesamte ostdeutsche Bevölkerung stolz sein. Leider wird dieser Tatbestand nur unzureichend kommuniziert – auch von uns selbst.

2

Dennoch bleibt die Frage: Wie konnte es passieren, dass die SPD nicht zur bestimmenden Kraft in einer Gesellschaft wurde, deren Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich sozialdemokratisch orientiert waren. Schließlich ist in hiesigen Regionen die SPD 1863 gegründet worden und ihre Geschichte mit Städten wie Leipzig, Gotha, Eisenach untrennbar verbunden. Tatsache ist aber auch, dass die Menschen in Ostdeutschland ihre Sehnsucht nach einer schnellen Teilhabe an den wirtschaftlichen, sozialen Errungenschaften nicht in erster Linie mit der SPD verbunden haben. Ebenso suchten Menschen nach einer politischen Verbindung von gravierenden Veränderungen, die nun bevorstanden, und dem Wunsch nach Kontinuität. Beides konnte die alte Blockpartei CDU, von der westdeutschen Schwesterpartei kräftig aufgepäppelt, mit ihrer Gallionsfigur Helmut Kohl sehr viel besser darstellen als die Bürgerrechtsparteien und die SPD. Denn diese, zunächst bewusst eigenständig als SDP gegründet, bot in ihrem Ursprung zunächst denjenigen eine politische Heimat, die die Friedliche Revolution aktiv beförderten und den Bruch mit jeder Kontinuität zur DDR in ihrem Ursprungsdokument verankerte. Es konnte daher wenig überraschen, dass zu den Gründungsvätern und -müttern der SDP 1989/90 ganz viele aktive Kirchenmitglieder gehörten – ein großer Gegensatz zur Gründungsgeschichte der SPD in der Mitte des 19. Jahrhunderts, der ja ein starker antiklerikaler und antikirchlicher Affekt innewohnte, der bis weit nach 1945 wirkte. So war es fast konsequent, dass die Leipziger SPD ihre Gründungsversammlung am 07. November 1989 in der Reformierten Kirche abhielt. Ebenso kann ich mich noch gut an einen Ausspruch der unvergessenen Regine Hildebrandt auf einer Veranstaltung in Leipzig erinnern: *„Wenn in Brandenburg der Kirchenchor probt, kann der Ortsverein der SPD nicht tagen.“*

Die Kehrseite dieser Entwicklung ist aber, dass die Basis der historischen SPD, die Arbeiterschaft, in der ostdeutschen SPD zunächst so gut wie nicht vertreten war – obwohl gerade die soziale Ausrichtung der SPD für die Gründungsmitglieder von großer Bedeutung war. Da herrschte programmatisch ein weißer Fleck in der Bürgerrechtsbewegung der DDR. Die Arbeitnehmer/innen in Ostdeutschland sahen ihre politische Heimat eindeutig in der PDS oder grenzten sich zunächst einmal vom Politischen ganz ab (was auch Auswirkungen auf die gewerkschaftliche Organisation hatte). Dieser Mangel konnte bis heute nicht behoben werden (weil auch nie wirklich thematisiert). Hinzu kam, dass die wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zunehmend der SPD angelastet wurden. Im Zusammenhang mit der Agenda 2010 verstärkte sich diese Tendenz.

3

1990 aber wirkte sich noch ein weiterer Mangel negativ aus. Im Gegensatz zur CDU, die sich schamlos der Strukturen der alten Blockpartei Ost-CDU bediente, und zur PDS, die ebenso schamlos die SED nicht etwa auflöste, sondern lediglich umbenannte und so die Kontinuität herstellte, nach der sich viele Menschen sehnten – im Gegensatz dazu verkümmerte die neu

gegründete SPD in Ostdeutschland am langen Arm des Erich-Ollenhauer-Hauses, vor allem organisatorisch. Zu keinem Zeitpunkt hat die westdeutsche SPD in dem Aufbau unserer Partei in Ostdeutschland eine Priorität gesehen. Der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Hinrich Lehmann-Grube erzählte mir einmal, wie er 1990 im Erich-Ollenhauer-Haus um Unterstützung für den OBM Wahlkampf in Leipzig bat und die damalige Generalsekretärin Anke Fuchs ihm eine Schachtel Kugelschreiber über den Tisch schob. Auch innerparteilich wollte nicht so richtig zusammenwachsen, was zusammengehörte. Oder kann sich jemand vorstellen, dass ein mehrmonatiges Wahlverfahren für den SPD-Vorsitz parallel zu den Landtagswahlkämpfen in drei westdeutschen Bundesländern stattgefunden hätte – wo wie es im vergangenen Jahr der Fall war?

Ebenso bedurfte es fast 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution, bis die Bundes SPD sich daran erinnerte, dass ihr Gründungsort Leipzig ist – und zwar am 23. Mai 1863, also am gleichen Tag, wie 1949 die gemeinsame Verfassung, das Grundgesetz, verkündet wurde. Erst 2013 fand eine große Feier statt – aus Anlass des 150-jährigen Bestehens. Doch danach geriet dieser Tag wieder in Vergessenheit. Bis heute hat es die SPD nicht vermocht, beides miteinander zu verbinden: ihren Geburtstag und die Verabschiedung des Grundgesetzes, das ohne große Sozialdemokrat/innen – ich nenne nur Carlo Schmid und Elisabeth Selbert - nicht denkbar ist. Angefangen vom Verfassungsentwurf des Paulskirchenparlaments 1848 über die Weimarer Verfassung 1919 bis zum Grundgesetz – es waren Sozialdemokraten, die unermüdlich wirkten im Kampf um Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und ihre Verankerung in der Verfassung.

Diese Geschichtsvergessenheit unserer Partei ist in meinen Augen höchst alarmierend. Darum war es gut, dass es im vergangenen Jahr zu einem Aufschrei gekommen ist, als bekannt wurde, dass die „Historische Kommission (HiK)“ beim Bundesvorstand der SPD aufgelöst werden soll. Wir brauchen aber das historische Gedächtnis, um immer wieder zu erkunden, was zu Erfolgen und Misserfolgen der Sozialdemokratie geführt hat. Und im Blick auf Ost und West brauchen wir die historische Einordnung politischen Handelns, um der Kurzatmigkeit und Oberflächlichkeit in der digitalen Welt zu widerstehen. Darum schadet es gar nicht, wenn wir uns am heutigen Tag auch daran erinnern, wie unterschiedlich die Politikultur in Ost und West waren. Ich habe das im OV Leipzig-Mitte hautnah erlebt – sei es die Anrede „Genossinnen und Genossen“, mit der sich die ostdeutschen Parteimitglieder zunächst sehr schwertaten, sei es die Vermeidung des Begriffs „Jusos“, stattdessen „Junge Sozialdemokraten“, sei es der Begriff „demokratischer Sozialismus“, den man durch die SED-Politik als beschädigt ansah. Und selbst der der Sozialdemokratie innewohnende Internationalismus, der schon 1925 im Heidelberger Programm zur programmatischen Forderung der SPD nach den „*Vereinigten Staaten von Europa*“ führte, stieß auf Skepsis angesichts des Nahziels der nationalen Einheit. Dass diese aber nur möglich war aufgrund der Integration Deutschlands in der Europäischen Gemeinschaft, ist etwas, was gerade in Ostdeutschland in Vergessenheit geraten ist. Doch es ist eindeutig ein Ertrag der SPD-Politik.

4

Doch genug der kritischen Punkte in der Rückschau. Die SPD ist eine Partei, die länger existiert als die BRD-West und die DDR und als das vereinte Deutschland. Sie kann auf eine wechselvolle, stolze Geschichte von 157 Jahren zurückblicken. In ihrer Geschichte finden wir genug Anknüpfungspunkte, um die richtige Programmatik für heute zu entwickeln. Darum

möchte ich zum Abschluss noch ganz kurz auf drei programmatische Punkte eingehen, die mE zur DNA der Sozialdemokratie gehören:

4.1 Friedensprojekt Europa

Wie schon erwähnt: Vor fast 100 Jahren hat die SPD die Vereinigten Staaten von Europa propagiert – in der weisen Einsicht, dass jede Form von Nationalismus ein wesentlicher Nährboden ist für kriegerische Auseinandersetzungen sind. Darum haben Sozialdemokraten den europäischen Einigungsprozess immer als Friedensprojekt verstanden. Wir können nicht oft genug daran erinnern:

- Die deutsche Einheit war nur möglich unter der Voraussetzung, dass Deutschland ein integrierter Teil der Europäischen Union ist. Ohne diese Einbettung
- In der Präambel des Grundgesetzes heißt es: dass sich das deutsche Volk das Grundgesetz „*von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen*“ gegeben hat. Europa ist keine Option, sondern eine Notwendigkeit deutscher Politik.

Diese beiden Erinnerungen sollten wieder dazu führen, dass die SPD die aktive Friedenspolitik in den Mittelpunkt stellt und dazu globale Visionen entwickelt - jenseits von Rüstungsprogrammen, Militärausgaben und -einsätzen.

4.2 Soziale Gerechtigkeit

Die SPD ist immer eingetreten für eine gerechte Teilhabe aller an Bildung, Einkommen, Arbeit, Wohnen. Diese Teilhabe ist zu keiner Zeit ein Selbstläufer, sondern muss erstritten und erkämpft werden. Natürlich kann man nun darüber streiten, ob die Agenda 2010 ein sinnvolles Instrument in diesem Kampf war. Tatsache ist aber, dass die SPD mit der Agenda einen Skandal beenden wollte: die teure wie unzureichende Alimentierung des Nicht-arbeiten-dürfens. Dass diese Absicht damals vor allem durch die CDU-Mehrheit im Bundesrat konterkariert wurde, wird viel zu wenig kommuniziert. Absurd allerdings ist in meinen Augen, dass sich die SPD über 15 Jahre an der Agenda 2020 abgearbeitet hat, anstatt die neuen sozialen Errungenschaften in den Mittelpunkt zu stellen. Dabei ist nach wie vor entscheidend, dass Die SPD die Sozialpolitik nicht rein fiskalisch versteht und gestaltet. Schließlich geht es um die Würde des Einzelnen und seine Persönlichkeit. Die SPD tut auch heute gut daran, eine Erkenntnis aus der Arbeiterbewegung nie zu vergessen: die notwendige Verbindung von materiellen Verbesserungen der Lebenssituation und der Entwicklung einer sinnvollen Lebensperspektive. Darum haben Sozialdemokraten nicht nur den Acht-Stunden-Tag und gerechte Löhne gefordert, sondern auch Arbeitergesangsvereine, Bildervereine, die Naturfreunde, die AWO und anderes gegründet.

4.3 Demokratie

Die SPD ist die Partei, die immer deutlich gemacht hat: Soziale Gerechtigkeit ist nicht ohne Demokratie und umgekehrt zu haben. Darum konnte die SPD allen Diktaturen widerstehen, die dem Volk durch zunächst durch soziale „Wohltaten“ und dann durch Entmündigung, Demütigung und Unfreiheit das Maul stopfen. Das klar zu sehen und zu benennen, ist im Kampf gegen den Rechtsnationalismus und im Zeitalter der Autokraten von größter Bedeutung. Darum sollten wir nie vergessen, dass mit der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED 1946 der Demokratie ein Todesstoß verpasst wurde. Darum noch eine Bemerkung zu DDR-Zeit: Wenn wir diese bedenken, dann kann und darf dies nicht nur unter der Überschrift „Anerkennung der Lebensleistung“ gehen (wobei ich mit diesem Slogan sowieso

meine Schwierigkeiten habe). Wir müssen auch die Zerstörung der Demokratie durch Menschen und die SED thematisieren. Sie hat den Antifaschismus immer mit einer Siegermentalität verbunden und so die horrende Schuld des ganzen deutschen Volkes am Terrorregime der Nazis verdrängt. Das bricht jetzt im Rechtsnationalismus wieder auf. Bedenken wir also: der 8. Mai 1945 war ein Tag der Befreiung – aber nicht der Befreiung von Schuld und Verantwortung, sondern zur Erkenntnis des eigenen Beteiligtseins am Nationalsozialismus und zur Verantwortung.

5

Lasst mich am Schluss noch auf einen Aspekt eingehen: Als ich vor 50 Jahren als Student in die SPD eintrat, musste ich 1,-- DM pro Monat zahlen, d.h. der Kassierer des OV Düsseldorf-Nord kam vorbei und holte sich bei meiner Mutter den Beitrag ab. Er war der bestinformierte Mann im OV. Warum ich daran erinnere? Nicht um dafür zu plädieren, dass wir das Abbuchungsverfahren abschaffen. Aber wir müssen in der SPD wieder dafür sorgen, dass wir Menschennähe und direkte Kommunikation aufbauen. Wenn die Digitalisierung das fördert, ist das nur zu begrüßen. Aber wenn die digitale Kommunikation in den sog. sozialen Netzwerken die analoge Kommunikation ersetzt, wird es gefährlich. Das bedeutet: Wir müssen als SPD, und das heißt als SPD-Mitglieder, vielmehr präsent sein im Stadtteil, im Ort, in den Vereinen und Institutionen, vor allem auch in den Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften. Dort müssen wir uns als Sozialdemokraten zu erkennen geben und ansprechbar sein. Dort erfahren wir auch eine ganze Menge über die Menschen, ihre Ansichten, Wünsche, Vorstellungen – jedenfalls mehr, als dass dies über Facebook, Instagram und Twitter möglich ist. Mir ist jedenfalls aufgefallen, dass wir viel zu wenig präsent sind dort, wo Menschen zusammenkommen. Zugegeben: das riecht nach Arbeit, aber es kostet kein Geld und ist langfristig sehr erfolgreich.

Auch wenn derzeit viel Häme über die SPD ausgeschüttet wird und unsere Partei selbst viel dazu beigetragen hat, dass Menschen sich von ihr abwenden – weder die Geschichte der SPD nach 1989, noch die große Tradition der Sozialdemokratie seit Mitte des 19. Jahrhunderts, noch die Programmatik der SPD bieten Anlass, den Kopf hängen zu lassen. Im Gegenteil: Wir haben allen Anlass dazu, uns als Sozialdemokraten stolz und selbstbewusst am Erhalt der demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft zu beteiligen.

Christian Wolff, Pfarrer i.R.

info@wolff-christian.de

www.wolff-christian.de

Twitter: @chriwo49